Im Iran wurde der 31. Jahrestag der Islamischen Revolution gefeiert. Dabei kam es erwartungsgemäß zu Protesten gegen das derzeitige Regime um Präsident Ahmadinedschad. Laut Berichten gingen Sicherheitskräfte dabei auch mit Gewalt gegen Demonstranten vor. Sowohl die teils aus dem Ausland und geheimdienstlich gesteuerte und inszenierte Opposition, als auch das gewaltsam dagegen vorgehende autoritäre Regime Ahmadinedschads sind beliebte und stets groß zur Schau gestellte Motive westlicher massenmedialer Propaganda, die den Iran als großes islamistisches Feindbild vorführen und inszenieren und einem zukünftigen, lukrativen Krieg zwischen dem Land und insbesondere Israel den Weg zu bereiten gedenkt.

Insbesondere auch von Afghanistan aus opieren vor allem im Osten des Landes amerikanische Spezialeinheiten, sowie einheimische Terrorgruppen, die das Land gezielt destabiliseren sollen. Das Regime in Teheran wird damit gezwungen, seine autoritäre und repressive Politik zur machtpolitischen Stabilisierung zu intensivieren. Die westliche Propaganda findet somit regelmäßig einen willkommenen Anlass, um das iranische Regime in gewohnter tendenziöser und manipulativer Berichterstattung zu dämonisieren, anstatt differenziert und kritisch über den Iran zu berichten.

Erst kürzlich gab Teheran bekannt, nun auf eigene Faust sein Urananreicherungsprogramm durchführen zu wollen. Die westliche Propaganda instrumentalisiert das iranische Atomprogramm stets für ihre machtpolitische und kriegsvorbereitende Verschwörungstheorie von der vermeintlichen atomaren Bewaffnung des Iran. Westliche Staaten drohen mit erneuten und weiteren Sanktionen, die das Land weiterhin politisch und gesellschaftlich destabilisieren können. Dementsprechend sind auch zunehmende Repressalien und totalitäre Auswüchse des Regimes in Teheran nicht unwahrscheinlich. So ist auch die derzeitige Situation im Iran größtenteils sehr unklar, da etwa Internet und Telefonverbindungen nur begrenzt funktionieren. Internationale Medien können sich kaum ein Bild von den Demonstrationen der Regimegegner und der möglicherweise mit massiver Gewalt reagierenden Sicherheitskräfte machen.

Bekannt wurde darüber hinaus nun auch, dass der Iran laut "Wall Street Journal" möglicherweise den E-Mail-Dienst des Internet-Konzerns Google sperren will. Stattdessen solle ein iranischer Service aufgebaut werden, um "das Vertrauen zwischen Volk und Regierung" zu fördern, wie es aus Teheran heißt. Das Regime versucht also dementsprechend mit totalitären Mitteln die ideologische Kontrolle über den Großteil der iranischen Bevölkerung zu gewinnen. Derartig totalitäre Machtpolitik, wie etwas Internet-Zensur, oder systematische regierungsfreundliche Propaganda, lässt sich auch in den westlichen pseudodemokratischen Staaten in starkem und zunehmendem Maße finden.